

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags

Abonnementspreis 3 M pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Für wirklichen Preisabbau - Gegen den Preisabbauschwindel.

Nachdem seit Monaten nur die Lohn- und Gehaltsabbauforderungen das Alpha und Omega der Regierungs- und Unternehmerweisheit bilden, dürfte es zum bevorstehenden Jahresabschluss von allgemeinem Interesse sein, was uns demgegenüber der **Lebensmittelverfeuerungskalender 1930** zu melden hat.

Januar: Es werden unter anderm folgende Lebensmittelzölle erhöht: Roggen auf 9 M, Weizen auf 9,50 M je Doppelzentner.

Februar: Die Einfuhr ausländischen Weizens wird abgedrosselt durch die Vorschrift, daß in jeder Weizenmehlmenge 50 % Inlandweizen sein müssen.

März: Die von der Regierung organisierten Roggenpreispekulationen werden fortgesetzt. Der Roggenpreis wird dadurch in die Höhe getrieben. Die Spekulanten erhalten aus Reichsmitteln Zuschuß.

Der Zoll für Roggen und für Weizen wird auf 12 M je Doppelzentner erhöht.

Der Zoll für Rohkaffee wird auf 80 % je Pfund erhöht, für Tee auf 1,75 M.

April: Es wird das Maismonopol geschaffen, durch das der Preis für Futtermais für die Geflügelzüchter und Eierproduzenten erhöht wird.

Der Zoll für Weizen wird auf 15 M je Doppelzentner erhöht.

Mai: Der Wert der den Großagrariern geschenkten Einfuhrscheine wird auf über 100 M je Tonne ausgeführten Roggens erhöht.

Der Zoll für Roggen wird auf 15 M je Doppelzentner erhöht.

Die Umsatzsteuer wird auf 8% vom Tausend erhöht. Für die Konsumvereine und Einzelhandelsbetriebe mit mehr als 1 Million Mark Jahresumsatz wird eine besondere Steuer von 0,5% des Umsatzes eingeführt.

Für Mineralwasser und Limonaden wird eine besondere Steuer eingeführt.

Juni: Große Mengen Roggen werden mit Eosin gefärbt und für menschliche Nahrung unbrauchbar gemacht. Der Eosinroggen wird als Futter billiger verkauft; die Reichskasse leistet Zuschüsse.

Juli: Durch das Brotgesetz wird vorgeschrieben, daß der Roggen nur bis zu 60 % ausgemahlen werden darf. Große Mengen des Roggens werden also für die menschliche Nahrung unbrauchbar gemacht. In Verbindung mit dieser Brotverschlechterung wird auf Reichskosten ein kostspieliger Werbefeldzug zugunsten des Roggenbrots durchgeführt.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 enthält einen Abschnitt zur Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen, der sich dem Sinn nach gegen die Industrie wendet. Die Verordnung bleibt lediglich auf dem Papier, angewendet wird sie in keiner Weise.

August: Der Zoll für Speiseerbsen wird auf 15 M je Doppelzentner erhöht.

September: Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ordnet an, daß die Mühlen in jeder Menge Weizenmehl höchstens 40 % Auslandweizen haben dürfen. Der Weizenzoll wird auf 18,50 M je Doppelzentner erhöht.

Oktober: Die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch wird gänzlich aufgehoben.

Der Zollsatz für Weizen wird auf 25 M, für Gerste auf 20 M erhöht.

Die Mühlen müssen in den Monaten Oktober und November in der Weizenmenge, die sie in diesen Monaten vermahlen, mindestens je 80 % Inlandweizen vermahlen.

November: Der Butterzoll wird von 27,50 auf 50 M je Doppelzentner erhöht.

Dezember: Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember wird

a) eine Verfeuerung der Margarine herbeigeführt, indem die Verwendung ausländischen Talges oder Schmalzes kontingentiert wird;

- b) der Kleie Zoll auf 10 M je Doppelzentner festgesetzt, was die Preise für Molkereiprodukte und Schweine erhöhen wird;
- c) der Hirse Zoll von 1,50 M auf 15 M je Doppelzentner erhöht;
- d) die Regierung ermächtigt, den Gerstenzoll zu erhöhen.

JAHRESWECHSEL . . .

Die Zeit ist ewig gleich und wesenlos;
Jedoch der Mensch in seinem eitlem Streben
Ringt um Probleme, schwer und riesengroß,
Und sucht der Zeit das Richtungsmaß zu geben!

So ringt er in der Zeit. Was er vollbringt,
Das nennt er Weltgeschichte, nennt er Zeit;
Und dabei glaubt er, das, was er erzwingt,
Sei Ruhm und Heil für alle Ewigkeit!

Ihr eitlem Toren! Jahr um Jahr vergeht —
Auch diesen Zeitabschnitt habt ihr erfunden —
Und an die Zeit, die niemals stille steht,
Die ewig gleich, seid knechtisch ihr gebunden!

Geschlechter gehen und Geschlechter kommen
Im Labyrinth der wesenlosen Zeit;
Nur ein Streben wird erst dann auch
kommen,

Wenn ihr von Neid und Herrschsucht euch befreit!

Strebt für das Ganze! Gebt dem Menschentum
Den wahren Sinn, gebt Inhalt ihm und
Leben!

Erst dann ist euer Streben Menschheits-
ruhm,
Erst dann wird euer Tun die Menschheit
heben!

Dies ist mein schlichter Wunsch zum neuen Jahr!
Und daß der Wunsch Tat und Erfüllung werde:
Kämpft, Brüder, einig und verstandesklar
Für freies Menschentum auf dieser Erde! Taefs.

Während Millionen von Männern, Frauen und Kindern infolge der erschreckenden Arbeitslosigkeit sich aufs äußerste einschränken müssen und hungern, folgt im Laufe des ganzen Jahres 1930 Monat für Monat eine Maßnahme auf die andere

zur Verfeuerung der Lebensmittel,

— Maßnahmen, die nur den Großagrariern, nicht aber den Kleinbauern nützen — kam in der Industrie der Lohnabbau und immer weitere Forderungen auf Lohnabbau folgten. Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft hielt es jetzt an der Zeit, einen Preisabbau zu betreiben, freilich nicht den Abbau jener Preise, die es selbst in die Höhe getrieben hatte, sondern den Abbau der Kleinhandelspreise. Gewiß hätte hier ein Erfolg erzielt werden können. Den großagrarischen Interessentenkreisen kam es aber erstens darauf an, der Verbraucherschicht den hier möglichen Erfolg als so groß vorzugaukeln, wie er gar nicht sein kann. Zweitens beabsichtigten die Großagrariern, die Verringerung der Kleinhandelsverdienstsparne auf Agrarprodukte sich selbst, nicht aber den Verbrauchern zugute kommen zu lassen. Das ist ihnen glänzend gelungen durch Irreführung der öffentlichen Meinung.

Um die Verbraucherschicht nicht auf den Gedanken zu bringen, daß auch die großagrarischen Produzenten ihre Preise senken könnten, wurde zunächst die Sache so dargestellt, als ob die Großagrariern von den Händlern in ungewöhnlicher Weise ausgeplündert würden. So wurde zum Beispiel die Behauptung aufgestellt, daß der Landwirt in der Regel nur 50 % je Zentner Kartoffeln bekäme, die in der Großstadt an den Verbraucher mit 4,50 M abgegeben würden. Mit Recht konnte der preußische Handelsminister in der „Vossischen Zeitung“ vom 16. November 1930 sagen, zunächst komme es darauf an, daß die Verbraucherschicht sich ein tatsächliches Bild über die wirk-

liche Lage der Preisverhältnisse mache, um dann die Möglichkeiten eines Preisabbaues würdigen zu können. Er fügte hinzu:

Wenn das heute vielfach nicht geschieht, so liegt das daran, daß in der Öffentlichkeit immer wieder vollkommen falsche Nachrichten über die tatsächlichen Preisverhältnisse verbreitet werden. Als einige groteske Beispiele hierfür aus der letzten Zeit mag auf die Behauptungen hingewiesen werden, daß der Handel in Berlin Speisekartoffeln zum Preise von 60 % den Zentner einzukaufen in der Lage sei, während der wirkliche Preis ab märkischer Station bei 1,40 bis 1,50 M liegt.

Auch mußte die großagrarische „Deutsche Tageszeitung“ am 11. November 1930 zugeben, die Preise für Kartoffeln seien im Oktober 1930 folgende gewesen:

Erzeuger	1,50 M je Zentner
Großhandel	2,41 „ „ „
Kleinhandel	3,57 „ „ „

Es ist unerhört, daß alle andern großstädtischen Zeitungen sich von interessierter Seite dazu verleiten ließen, den Erzeugerpreis, den der Landwirt erzielt, um 200 % niedriger anzugeben, als er tatsächlich war. Durch solche falschen Nachrichten wurde die ganze Preisabbaudiskussion auf ein Gleis geschoben, das nicht zum wirklichen Ziel eines wahren Preisabbaues führen kann.

Das organisierte Kapital: Der Mensch.

Es ist noch nicht lange her, daß als Erklärung für alle Not und für alles Elend die zu schnelle Vermehrung der Bevölkerung herangezogen wurde. Das drohende Gespenst der Ueberbevölkerung spielte in den meisten Bevölkerungslehren der damaligen Zeit eine große Rolle, und nicht wenige Bevölkerungspolitiker rechneten bereits für eine nicht allzu ferne Zukunft die Zeit heraus, wo die Erde so überbevölkert sein werde, daß nicht einmal der Bodenraum ausreichen würde, um alle Menschen zu fassen. Auch heute scheint angesichts der grauenvollen Massenarbeitslosigkeit Menschenüberfluß das Zeichen der Zeit. Noch immer schaffen riesige Reservearmeen von arbeitslosen Proletariern die Grundlagen der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft, ja wohl zu keiner Zeit fand eine umfangreichere Freisetzung von Arbeitskräften statt als in der gegenwärtigen Periode einer hochgetriebenen Rationalisierung. Aber dennoch besteht ein entscheidender und grundlegender Gegensatz zwischen dem Menschenüberfluß in der Vergangenheit und in der Gegenwart, ein Unterschied, dessen grundsätzliche Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann: Während der Menschenüberfluß in der Vergangenheit auf die zu hohe Zuwachsrate zurückzuführen war, die die Bevölkerungsvermehrung dieser Jahrzehnte auszeichnete, leiden wir heute an Menschenfluß, trotzdem die hohen Geburtenziffern längst einer . . . zügigen Bewegung weichen mußten.

Von dieser Gegenwärtigkeit nimmt eine soeben erschienene Broschüre des bekannten Wiener Soziologen Rudolf Goldscheid (Die generative Revolution, eine Studie über den Strukturwandel in der Bevölkerungswirtschaft) ihren Ausgang, in der Goldscheid zu der zunächst paradox klingenden Formulierung gelangt: Heute haben wir Menschenüberfluß bei Menschenmangel. Die Ziffern des gewaltigen Bevölkerungsrückgangs, der allein für Deutschland gegenüber der Jahrhundertwende eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums um mehr als die Hälfte brachte und der in den nächsten Jahren bereits zu einem absoluten Bevölkerungsrückgang führen wird, sind so allgemein bekannt, daß sie nicht im einzelnen aufgeführt zu werden brauchen. Auch die Ursachen sind häufig genug aufgedeckt worden. Die Kenntnis der aktiven Geburtenkontrolle, bislang allein einer kleinen Oberschicht zugänglich, ist heute Gemeingut aller Gesellschaftsklassen geworden, hat heute nicht nur die Großstädte, sondern ebenfalls auch die Klein- und Mittelstädte und das flache Land ergriffen. Hinzu kommen andere, mehr subjektive Motive, die ebenfalls dem Fortpflanzungswillen starke Hemmungen auferlegen. Gegenüber dem quantitativen überwiegt immer wieder der qualitative Fortpflanzungswille. Man will nicht einfach Kinder in die Welt setzen, sondern man überprüft zunächst, für wieviel Kinder menschenwürdige Bedingungen auch vorhanden sind. Mit Recht formuliert Goldscheid, daß der Mensch der Gegenwart nicht zuerst Kinder in die Welt setzt und sich dann fragt, ob auch Nahrung, Kleidung, Wohnung für sie vorhanden seien, sondern er entschließt sich nur, seine Familie zu vergrößern, wenn für diese äußeren Lebensnotwendig-

keiten in ausreichendem Maße gesorgt ist. Der zum Denken erwachte Mensch — und gerade die Fortschritte der Arbeiterbewegung haben den Menschen viel bewußter, überlegter, willensmäßiger gemacht — will nicht mehr Kinder, als er menschenwürdig zu erhalten vermag. Wo äußere Not, Wehrungsangel, ungenügende Einkommensverhältnisse ihn in einen Konflikt zwischen Selbsterhaltung und Erhaltung hineinzwingen, behält heute die Sicherung der Selbsterhaltung die Vorrang vor der Sicherung der Erhaltung. Weder mit Moralpredigten, noch mit Strafgesetzbuchparagrafen wird man diese Entwicklung aufhalten können. Die niedrigen Geburtenziffern sind keine vorübergehende Konjunkturercheinung, sondern stellen einen tiefgehenden Strukturwandel dar, von dem die gesamte gegenwärtige Bevölkerungspolitik ergriffen ist.

Der gewaltige Geburtenüberschuß der früheren Jahre ist für uns nicht mehr erreichbar, aber auch nicht wünschenswert und tragbar. Wir wären gegenwärtig überhaupt nicht in der Lage, die großen Geburtenüberschüsse der früheren Jahre zu finanzieren. Immer trägt der erwachsene Mensch zwei große Lasten auf seinem Buckel. Einmal die Versorgungslast für die, die noch nicht arbeiten können, zum andern die Versorgungslast für jene, die nicht mehr arbeiten können. Unter produktivistischen Gesichtspunkten gesehen, besteht das Leben aus drei Perioden, aus der noch nicht produktiven Aufzucht- und Berufsvorbereitungsperiode, aus der eigentlichen produktiven Arbeitsperiode und aus der nicht mehr voll oder überhaupt nicht produktiven Altersperiode, in der der Mensch gleichsam zum abgeschriebenen Wert herabsinkt. Solange die Kinderarbeit, wie es bis in die vierziger und fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der Fall war, mit vier bis fünf Jahren einsetzte und solange die erwachsenen Arbeiter infolge der unglücklichen Ausbeutung zur Zeit des Frühkapitalismus in der Regel bald starben, sobald sie ihre Arbeitsstelle aufgaben, spielte diese Versorgungslast der mittleren Schichten keine große Rolle, brauchten doch damals die Eltern für ihre Kinder nur einen Erhaltungsvorschuß für vier bis fünf Jahre aufzubringen. Der große soziale Fortschritt des Verbots der Kinderarbeit hat jedoch diese Voraussetzungen gründlich geändert. Die Aufzucht- und Erziehungskosten sind heute, zumal wir gegenwärtig ganz anders für den Beruf vorgebildete Menschen benötigen, außerordentlich viel höher als früher. Verbot der Kinderarbeit vor dem vollendeten 14. Lebensjahr schließt das Verbot allzu hoher Nachwuchszielen ohne weiteres in sich.

Damit aber rückt in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit das, was Rudolf Goldscheid mit einem glücklichen Wort als Menschenökonomie bezeichnet hat und wofür dieser ausgezeichnete Gelehrte seit mehr als 20 Jahren einen unermüdbaren Kampf führt. Nach Goldscheid ist die Menschenökonomie die notwendige Ergänzung der Güterökonomie, die im Kapitalismus einseitig in den Vordergrund rückte und alle übrigen Werte unterdrückte. Das Ganze der Wirtschaft erfassen wir erst, wenn wir Güter- und Menschenökonomie als Einheit verstehen lernen, wenn wir die Menschenökonomie der Wirtschaft ebenso gründlich in pfeiliche Behandlung nehmen wie die Warenökonomie der Wirtschaft. Dann aber ist Sozialpolitik, die die menschliche Arbeitskraft zu erhalten und zu beschützen versucht, mehr als ein Anhängel der Wirtschaft, mehr als Mitleidsregung und nur ethische Forderung, dann ist Sozialpolitik ein Teil der Produktionspolitik selbst und zweifellos kein unwichtiger.

Je mehr die Geburtenziffern sinken werden, um so mehr wird die Gesellschaft zur Menschenökonomie, das heißt zur humanen und ökonomischen Behandlung ihres organischen Kapitals, der Menschen, gezwungen sein. Von der Dauer und von dem Ertrag der eigentlichen Produktionsperiode hängt es ab, ob die Gesellschaft über die nötigen Mittel verfügt, um für die Erfordernisse der Jugend und des Alters aufkommen zu können. Wird aber die Arbeitskraft nicht pfleglich behandelt, wird durch Überarbeit, Arbeit unter unhygienischen Verhältnissen, Unterernährung oder schlechte Wohnung Raubbau an menschlicher Arbeitskraft getrieben, so wird sie sich allzu schnell verheeren und nicht genügend Gesamtvermögen abwerfen. Von sich aus ohne sozialen Zwang gelangt der Kapitalismus nicht zur Menschenökonomie. Der kapitalistische

Unternehmer, der die Arbeitskraft kostenlos auf dem Arbeitsmarkt durch Abschluß eines Arbeitsvertrages anwirbt, hat nur das Interesse, ein Maximum an Arbeitsleistungen aus dem einzelnen herauszupressen, auch wenn ein dadurch bedingtes übergroßes Maß an Ausbeutung mit frühzeitigem Verfall der Lebens- und Arbeitskräfte bezahlt werden muß. Von sich aus vermag der kapitalistische Unternehmer aus solchem Raubbau auch dann noch nicht die nötigen Konsequenzen zu ziehen, wenn sich bereits in den rückläufigen Geburtenziffern die drohende Verknappung der Arbeitskräfte anzeigt, solange nur auf dem Arbeitsmarkt genügend Menschen um Arbeit nachfragen müssen. Noch vermögen infolge der übernormal starken Besetzung der mittleren Altersklassen und der dadurch bedingten vorübergehenden Günst der Sterblichkeitsverhältnisse die Zahlen der Bevölkerungsbewegung die an sich bereits vorhandene Passivität unserer Bevölkerungsbilanz für einige Zeit zu verdecken, doch schon in den nächsten Jahren dürfte deutlich werden, was Goldscheid in die Worte kleidete: „Durch den Geburtenrückgang erhält der Mensch, der bisher als ein im Ueberschuß vorhandenes und darum wirtschaftlich gering geschätztes Gut angesehen wurde, relativen Seltenheitswert. Und wie man mit allen Gütern erst zu sparen und sie pfleglich zu behandeln anfing, als sie seltener wurden, so wird es auch mit dem Menschen sein. Man besinnt sich auf den ökonomischen Wert des Menschen erst, wenn er nicht mehr von selbst in überreichlichem Maße produziert wird. Dann aber wird gerade die verlangsamte Bevölkerungsvermehrung der wirksamste Antriebsmotor des Fortschritts werden.“

Die 10. Ausschußsitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 14. Dezember trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Reichswirtschaftsrat zu seiner 10. Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies Leipart auf das Verbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ hin. Er halte es für notwendig, daß der Bundesausschuß gegen dieses Verbot entschiedenen Protest einlege.

Dann erstattete er Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes seit der letzten Ausschußsitzung. Die Arbeitslosigkeit ist seit der letzten Tagung unaufhaltsam angewachsen. Das zwingt die Gewerkschaften, erneut zu der Lage Stellung zu nehmen. Der Bundesvorstand hat sich in den letzten Wochen ständig mit diesem großen Fragenkomplex beschäftigt. Zunächst sollen aber einige Fragen, mit denen der Vorstand sich befaßt habe, vorweg erörtert werden.

Ein Ortsausschuß hat sich an den Bundesvorstand mit der Anregung gewandt, den Umfang der Gewerkschafts- presse vorübergehend einzuschränken und statt dessen eine verstärkte Agitation durch Flugblätter zu betreiben. Der Bundesvorstand hält diese Anregung für beachtlich. Er will selbst Flugblätter herausbringen, in denen er zu den allgemeinen Fragen Stellung nimmt. Er empfiehlt den Verbänden, die besonderen Fragen ihres Tätigkeitsbereichs in der gleichen Weise zu behandeln. Auch die Bezirkssekretäre und die Ortsausschüsse sollten sich diesem Vorgehen anschließen.

In Schlesien hat der Bezirkssekretär die Vertreter der Gesellenausschüsse zu einer Konferenz zusammengerufen. Auch in andern Bezirken sollten diese Konferenzen abgehalten werden. Die Verbände müßten sich an der Aufbringung der Mittel beteiligen.

Eine Anregung, der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft als korporatives Mitglied beizutreten, hat der Bundesvorstand aus finanziellen Gründen ablehnen müssen. Dagegen werden die Gewerkschaften die von der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft eingeleitete Untersuchung über das Kräfteverhältnis in Alsdorf und die Verhütung ähnlicher Katastrophen unterstützen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sprach Leipart über die wirtschaftliche Notlage der deutschen Studenten, für die in weit geringerem Maße als bisher Stipendien zur Verfügung gestellt werden könnten. Er halte es daher für zweckmäßig, daß einer Anregung, die von sozialistischen Hochschullehrern ausgegangen sei, stattgegeben werde. Der

Vorschlag gehe dahin, daß die Gewerkschaften selbst bestimmte wissenschaftliche Arbeiten anregen sollten, für die zunächst zwei Preise von je 2000 M auszuweisen seien, und zwar geteilt in je drei Preise von 1000, 600 und 400 M.

Der Vorstand hat sich in letzter Zeit mit dem Plan beschäftigt, eine Konferenz einzuberufen, zu der die Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsrätefragen, die Bezirkssekretäre und die Vertreter der größeren Ortsausschüsse geladen werden sollen, außerdem eine größere Anzahl von Betriebsräten, um über Betriebsrätefragen zu beraten.

Von Seiten des Jugendsekretariats wird berichtet, daß vom Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen zur Erweiterung des Jugendschutzes vorgeschlagen werden, die eigentlich ihre Regelung im Arbeitsschutzgesetz finden würden. Es sei aber vielleicht zweckmäßig, diese Fragen vorweg einer Lösung entgegenzuführen. Die Vorschläge sind in Vorbereitung.

Im Zusammenhang mit der Preislenkungsaktion ist die Forderung nach Aufhebung des Nachtbäckverbots erhoben worden. Der Bundesvorstand hat es aus verschiedenen Gründen abgelehnt, seinerseits diese Aufhebung zu befürworten; vor allem aus dem Grunde, weil sie vermuthlich zu neuen Entlassungen führen würde. Das widerspräche der von den Gewerkschaften befolgten Politik. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist dagegen entschlossen, die Aufhebung des Nachtbäckverbots für Großbetriebe nachdrücklich zu betreiben.

Dann berichtete Leipart kurz über den Internationalen Gewerkschaftsbund. Als Nachfolger S a l l e n b a c h s ist der Genosse S c h e v e n e l s zum Generalsekretär des IGB gewählt worden, zum Untersekretär wurde der von der Landeszentrale der Tschechoslowakei vorgeschlagene Kandidat S t o l z gewählt.

Ein gemeinsamer Ausschuß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in dem die Sozialistische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund vertreten sind, bereitet eine größere Denkschrift zu dieser wichtigen Frage vor. Er wird seine Arbeiten im Januar auf einer neuen Tagung in Zürich fortsetzen.

In der Debatte die sich an die Mitteilungen des Bundesvorstandes angeschlossen, wurde die Auffassung vertreten, daß Betriebsrätekonferenzen zweckmäßigerweise von den Verbänden einberufen werden sollten. Dagegen sei eine Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände sehr zu begrüßen. H u s e m a n n, Vergarbeiterverband, hielt es vor allem für wichtig, die Amtszeit der Betriebsräte zu verlängern, die Wahlperiode auf etwa 3 bis 4 Jahre festzusetzen. Demgegenüber wurde von B e r n h a r d, Baugewerksbund, betont, daß die Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte für bestimmte Industrien, wie zum Beispiel das Baugewerbe, nicht von erheblicher Bedeutung sei. Im Baugewerbe werde ein Betriebsrat selten länger als einen Sommer im Amt bleiben. Die heute bestehende Regelung habe den großen Vorteil, daß jährlich Tausende von Arbeitern in dieses überaus wichtige Aufgabengebiet eingeführt werden können. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Nationalsozialisten, ebenso wie bisher die Kommunisten, versuchen, Betriebsräte einzuziehen. Gegenüber der Gefahr, gewerkschaftsfremde Grundzüge in die Bewegung einzuführen, sind die Betriebsräte das wichtigste Widerstandszentrum. Die Gewerkschaften müssen sich daher besonders bemühen, die Betriebsräte gründlich zu schulen. Die Betriebsräte müßten in größerem Umfang mit Material zur Unterstützung ihrer sachlichen Arbeit versehen werden. Wenn es gelingt, die Abwehr unserer Mitglieder und Funktionäre gegen jede Zersplitterung in der Organisation zu stärken, werden alle gewerkschaftsfeindlichen Strömungen sehr bald den letzten Rest ihrer Bedeutung verlieren. Endlich wurde auch in der Anrede darauf hingewiesen, daß der Zweck einer Betriebsrätekonferenz vielleicht nicht erreicht werden könne, wenn die Zahl der Teilnehmer zu stark beschränkt würde.

Zu der Frage des Nachtbäckverbots wurde ausgeführt, daß es ein Irrtum sei, von seiner Aufhebung eine Herabsetzung des Brotpreises zu erwarten. Die Herstellung von Brot in der Nacht würde sich verheeren, da die Bäckerarbeiter ebenso wie alle andern Arbeiter Nachtarbeit nur gegen Lohnzuschläge leisten würden.

Wenn der Jugendschutz aus dem Arbeitsschutzgesetz herausgenommen und vordringlich behandelt würde, bestünde

Wirtschaft und Kultur.

Von Dr. G. Hoffmann.

Du mußt Kämpfer sein!

Nur der Mensch kann ein Werk gestalten, der von seinem Schaffen innerlich durchdrungen ist. Der innerlich schwache Mensch kann nie ein Werk von Kraft vollbringen, der kleinliche Mensch nie ein Werk von Größe. Stets ist die Tat der Ausdruck einer Seele.

Damit hängt der Gewerkschaftskampf als Aufgabe von allem ab, das von den Menschen beeinflusst und bildet, und dazu gehört auch die Auffassung, die der einzelne Mensch sich von Welt und Leben macht. Wo ist die treibende Kraft der Welt? Welche Stellung hat der Mensch im Welt-gestricke? Ist Welt Entwicklung? Und kann der Mensch diese Entwicklung selber fördern? Und wenn er es wohl vermag, dann wie?

Kann er es? — Ja! — Und wie? — Durch eigene Kraft! — Du mußt an Zukunft glauben und an dich. Du mußt an Sieg. Das ist die ethische Voraussetzung, die die gewerkschaftliche Bewegung an den Menschen stellt. Du mußt ein Kämpfer sein mit großem Ziele, Charakter, ganzer Mensch.

Das Werk der Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse selber sein. Das ist eine Erkenntnis von unerhörter ethischer Macht. Sie legt Kämpfer voraus. Menschen der Tat, Menschen, die in dieser Tat vertrauen auf sich allein und die Kraft ihrer verbundenen Kampf-gemeinschaft.

Dadurch legt der Gewerkschaftskampf aus seinem ganzen großartigen inneren Weisen heraus feste weltanschauliche Grenzen. Er duldet die weltanschauliche Ueber-gangszonen nicht, doch nur innerhalb dieser seiner Befreiung. Er läßt denken und fühlen, wie jeder es

will, doch läßt er nur denken und fühlen aus einer freien, stolzen und selbstbewußten menschlichen Kampferseele. Das ist das Große der Welt, das sich da in deiner Kraft regt. Und wenn du es tausendmal überall fühlst, dieses Bestimmende, diesen führenden Sinn, da in deiner Kraft ringt er nach neuer, lebendiger, schöpferischer Gestaltum.

Brüder zur Sonne!

Ich will das Herrlichste. Das Herrlichste für dich und für mich. Für alle an allen Orten. Und keine Grenze soll dem Wachsen zum Herrlichsten sein!

Wer vom großen und starken Sehnen zu solchem Ziele durchdrungen, der fühlt es, wie recht Lavater hatte, wenn er der Sehnsucht nach dem Besten die unaufhörliche Veredelung der Seele zugesprochen hat.

Ein Ideal muß uns leuchten im Kampf. Wir müssen das Größteste kennen, das Menschen zu schaffen möglich ist. Und selbst in der bescheidensten Seele regt sich etwas von Kraft und von Ehrfurcht. Und stolzer Bescheidenheit. Und Willen und Harten. Und jähem Bewußtsein, daß solch Großes einmal wird.

Selbstnot — Selbstliebe.

Die Seele des Volkes ist zerrissen durch dieses ewige Sorgen und diese ewige Not. Ins Aller-Alltägliche wird sie gezerrt, sie, die da so reich ist des Innerlichen, des Bräuderlich-Verbindenden, des Götlichen.

An das Gute glaubt sie, aber das Leben wird von einem andern Gedanken als dem des Guten beherrscht. Voll des Schönen ist sie, aber Heim und Welt sind ihr nur kalt und öde. Vom Wollen des Wahren ist sie

durchdrungen, aber im Dasein herrscht Lug, schlägt die Unwahrscheinlichkeit dem Menschen ins Gesicht, alle Lage. Und da rettet die Seele sich in Tiefe und Größe vor dem Untergang.

Nicht an dem einen oder andern einzelnen kann man das Volk erkennen. Nimm sie alle! Sei einer von allen! Und du fühlst die Seele des Volkes in allen und in dir. Und du hörst aus dem Dunkeln heraus den Sehnsuchtschrei nach dem Hellsten. Und aus der lähmenden Not fühlst du den größten Glauben heraus.

Aus dem Sorgenalltag ruckt das Volk in die Tiefe seiner Seele, und aus dieser Tiefe seiner Seele lobert der Feuertglaube an das Gewaltigste.

Durchglühe deinen Kampf mit diesem Glauben, dieser Tiefe, dieser Fülle deiner Seele, Volk, und du erzwingst es durch deinen Kampf, eines Tages, dieses Gewaltigste.

Sum Feierabend.

Leg' nicht samt deinem Werkkleid den Proleten ab. Der seinen kargen Lohn mit Schweiß und Müß' errang! Zieh' nicht nebst deiner bessern Bur' den Spieß an, Der jeden Abend lenkt zum Stammtisch seinen Gang!

Wenn so entgeht du keineswegs der Fron des Laas. Sie sieht am nächsten Morgen wieder vor der Tür! Du täuschst dir etwas vor, die Welt bleibt wie sie war. Ist das dein ganzes Glück — zahlst du zuviel dafür!

Rein! Nicht vergessen — ändern, bessern solltest du. Sei' deine Freizeit auch für deine Freiheit ein! Leg' nicht samt deinem Werkkleid den Proleten ab — Dann wird und muß die Zukunft dir gewonnen sein! Tuff.

die Gefahr, daß andere wichtige Fragen, die für die Ver-
bände von nicht geringerem Interesse sind und gleichfalls
durch das noch ausstehende Gesetz geregelt werden sollen,
weiterhin verschoben werden.

Eine Reihe von Verbandsvertretern erklärten, daß eine
generelle Einschränkung des Umfangs der Gewerkschafts-
zeitungen nicht in Frage komme, insbesondere Brandes,
Metallarbeiterverband, und Frey, Fabrikarbeiterverband,
hielten sie nicht für empfehlenswert. Dagegen waren alle
damit einverstanden, eine intensivere Agitation durch Flug-
blätter zu betreiben, die um so wirkungsvoller sein würde,
wenn sie sich aus ganz bestimmten Situationen ergäbe, sich
mit falschen Behauptungen und Entstellungen der Gegner
auseinandersetze usw.

Einer der Redner wandte sich gegen die Haltung der
sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die von den
Kommunisten vorgeschlagene Winterbeihilfe für die Erwerbs-
losen im Betrage von 400 Millionen Mark abgelehnt habe.
Dem wurde entgegengehalten, daß die Sozialdemokratie
gegen die von den Kommunisten beantragte Nothilfe stimmen
müßte, weil es sich um einen bloßen Agitationsantrag ge-
handelt habe. Die Antragsteller hätten sich so gut wie jeder
andere, der die Finanzlage des Reiches kenne, darüber klar
sein müssen, daß diese 400 Millionen Mark gar nicht auf-
gebracht werden können. Die Staatsentnahmen gingen
zurück, während die Staatsausgaben wuchsen. Wenn die
Sozialdemokratie sich für diesen Antrag erklärt hätte, so
hätte sie höchstens die Regierung-Brüning gestützt.

Thomas, Dachdeckerverband, wandte sich gegen die
Aussetzung von Preisen für wissenschaftliche Arbeiten von
Studenten, solange die Verhältnisse an den deutschen Uni-
versitäten so seien, wie die Vorfälle in Berlin und in Königs-
berg bewiesen. Man müsse an die Universitäten heran-
treten, um weltanschauliche Auseinandersetzungen zu ver-
langen. Demgegenüber wurde von andern Verbands-
vertretern betont, daß es nur nützlich sein könne, wenn die
Studierenden sich mehr mit der Arbeiterbewegung beschäf-
tigen würden, statt über sie zu urteilen, ohne sie zu kennen.

In der Aussprache kam wiederholt zum Ausdruck, daß
die Gewerkschaften sich mit aller Entschiedenheit für den
Ausbau des Reichsbanners zu einer wirksamen Schutz-
organisation der Arbeiterschaft und des republikanischen
Staates einsetzen müßten.

Alle Verbandsvertreter waren der einstimmigen Auf-
fassung, daß es nicht genüge, gegen das Verbot des
Remarque-Films zu protestieren; es müsse vielmehr mit aller
Entschiedenheit die Aufhebung dieses Verbots gefordert
werden.

Am Schluß der Aussprache wies Leipzig darauf hin,
daß die Verbandsvorstände dem Bundesvorstand ihre
Stellungnahme zu dem Plan einer Betriebsrätekonferenz
mitteilen sollten. Der Bundesvorstand werde dann ent-
sprechend dieser Stellungnahme seinen Plan weiter verfolgen.

Eine vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung für
die Aufhebung des Verbots des Remarque-
Films wurde vom Bundesvorstand einstimmig angenom-
men. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Ge-
werkschaftsbundes spricht seine Empörung aus über das
Verbot des Remarque-Films. Er protestiert entschieden
gegen dieses Verbot, das von dem alten militaristischen Geist
diktiert ist, keineswegs aber von dem Geist der Männer, die
an der Front kämpften. Er protestiert gegen das Wieder-
aufleben der Methoden des Obrigkeitstaates, die Freiheit
der eigenen Urteilsbildung zu verhindern. Demgegenüber
betont der Bundesausschuß erneut den entschlossenen Willen
der organisierten Arbeiterschaft zur Sicherung des Friedens
und der demokratischen Volksherrschaft. Die Gewerkschaften
fordern deshalb, daß das Verbot des Films aufgehoben wird.

Das organisierte Unternehmertum.

Das Jahrbuch der Berufsverbände ist eine der inter-
essantesten Veröffentlichungen des Reichsarbeitsministe-
riums. Die neueste Ausgabe dieses als Sonderheft zum
Reichsarbeitsblatt erschienenen Werkes ist um 100 Seiten
stärker, als die Ausgabe vom Jahre 1927. Eine Vielzahl
von Organisationen ist in Deutschland vorhanden. Bei den
Berufsverbänden handelt es sich um solche, die sich mit
wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen beschäftigen.
Die immer mehr wachsende Stärke des Jahrbuchs zeigt
bereits, daß eine fortwährende Um- und Neugründung an
Organisationen und Vereinigungen erfolgt. Für heute
wollen wir uns mit den Unternehmerverbänden beschäftigen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat in
seiner Sitzung vom 13. September 1928 beschlossen, ein
organisatorisches Sperrjahr bis 1. Oktober
1929 eintreten zu lassen. Durch spätere Beschlüsse wurde
dieses Sperrjahr bis zum 1. Oktober 1930 verlängert.
Trotzdem also versucht worden war, die Neugründung von
Vereinigungen wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art zu
bremsen, sind zahlreiche Um- und Neugründungen im Ar-
beitgeberlager erfolgt. Das Jahrbuch der Berufsverbände
liefert davon einen treffenden Anschauungsunterricht. 1930
waren in Deutschland, soweit die Unternehmerverbände in
Frage kommen, 1476 Reichsverbände, 1559 angeschlossene
Bezirksverbände, 598 Landesverbände vorhanden. Außer-
dem 121 Reichsverbände und 11 Landesverbände mit
anderen Aufgaben. Ueberwiegend mit Arbeitgeberaufgaben
beschäftigten sich davon 227 Reichsverbände und 187 Lan-
desverbände. Nur Arbeitgeberaufgaben erfüllen 51 Reichs-
verbände und 124 Landesverbände. Mit allgemeinen wirt-
schaftlichen Aufgaben beschäftigen sich 767 Reichsverbände
und 217 Landesverbände. Die Erledigung mehrerer Fragen
haben sich zur Aufgabe gestellt 431 Reichsverbände und
70 Landesverbände. Gegenüber 1927 ist die Zahl der Reichs-
verbände um 59 zurückgegangen. Dagegen wuchs die Zahl der
angeschlossenen Bezirksverbände von 364 auf 1559. Es ist
daher eine Konzentration bei den Reichsverbänden fest-
zustellen. Wenn wir über die Arbeitgeberverbände einen
Gesamtüberblick gewinnen wollen, dann möchten wir es
wie folgt versuchen.

Die beiden größten zentralen Spitzenverbände
der deutschen Unternehmerschaft sind der
Reichsverband der Deutschen Industrie
(RDI) und die Vereinigung der Deutschen

Arbeitgeberverbände (VDV). Diese beiden zen-
tralen Organisationen haben ihr Arbeitsbereich derartig
aufgeteilt, daß der RDI die wirtschaftlich-politischen Fra-
gen bearbeitet, die VDV aber die lohn- und sozialpoli-
tischen Belange des Unternehmertums wahrnimmt. Zum
RDI gehören 120 Fachverbände, 21 landwirtschaftliche
Verbände, 87 öffentliche und allgemeine Verbände, 72 Han-
dels- und Gewerkekammern und 1363 Einzelmitglieder. Die
VDV setzt sich zusammen aus 49 Reichsfachverbänden,
33 bezirklichen Fachverbänden, 7 örtlichen Fachverbänden,
21 gemischtgewerblichen Landes- und Bezirksverbänden,
70 gemischtgewerblichen Ortsverbänden und 2830 Unter-
verbänden. Der RDI ging im Jahre 1919 aus der Ver-
einigung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und
dem Bund der Industriellen hervor. Er ist in der Weise
organisiert, daß er sein Aufgabengebiet in 28 Fachgruppen,
einer Sammelgruppe, einer Gruppe für die Industrie- und
Handelskammer, einer für örtliche und allgemeine Ver-
bände und einer für landwirtschaftliche Verbände aufgeteilt
hat. Die einzelnen Fachverbände sind in den Fachgruppen
des RDI zusammengeschlossen. Die Fachgruppe ist gewisser-
maßen die Spitzenorganisation der Spitzenorganisationen
und alle werden sie von dem Sammelbecken Reichsverband
bestimmt und zu einer Einheit zusammengeschloß. Der VDV
ist nach 21 Fachgruppen gegliedert. Außerdem steht die
Vereinigung mit den Arbeitgeberverbänden der Land- und
Forstwirtschaft, dem Reichsverband des Deutschen Hand-
werks mit den Arbeitgeberverbänden des Groß-
handels, Einzelhandels, der Banken, des Zeitungsgewerbes

Zum neuen Jahre
entbieten wir allen Verbandskollegen,
unsern Freunden und Mitarbeitern
die besten Glückwünsche
Der Vorstand
Die Schriftleitung „Der Maler“

und der Versicherungsunternehmungen in einem Karfell-
verhältnis. Brechen bei den letztgenannten Wirt-
schaftsgruppen gewerkschaftliche Kämpfe aus, so werden sie vom
VDV unterstützt.

Neben diesen beiden mächtigsten Spitzenorganisationen
bestehen noch andere, wobei wir zuerst den Reichs-
verband des Deutschen Handwerks nennen
wollen. Er besteht aus 51 Reichsverbänden und 11 Landes-
und Bezirksverbänden. Die im RDI zusammengeschlossenen
Verbände haben nicht so scharf abgegrenzten Charakter,
wie die Verbände der Industrie. Wir finden dort solche,
die sich mit wirtschaftspolitischen Fragen, aber auch solche,
die sich mit sozialpolitischen und reinen Arbeiterfragen be-
schäftigen. Ähnlich liegt es bei dem Reichsverband
des Deutschen Groß- und Ueberseehandels
und der Hauptgemeinschaft des Deutschen
Einzelhandels. Zu ersteren gehören 230 Verbände
mit ungefähr 50 000 Großhandelsfirmen. Zur Hauptgemein-
schaft des Deutschen Einzelhandels zählen 78 Verbände
und 43 Handelskammern. Sowohl der Spitzenverband des
Großhandels, wie der des Einzelhandels sind nach Fach-
gruppen gegliedert.

Alle diese Spitzenverbände werden noch einmal zu-
sammengeschloß im Zentralausschuß der Unter-
nehmerverbände. Im Zentralausschuß gibt es
acht Unterteilungen, und zwar: Industrie, Landwirtschaft,
Handwerk, Verkehr, Handel, Banken, Versicherungen und
sonstige Verbände (der Handelsbund und der Arbeitgeber-
verband für das Zeitungsgewerbe). Wohlbedacht sind im
Zentralausschuß nur vertreten Spitzenverbände, wie der
Reichsverband der Deutschen Industrie, die Vereinigung
der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Reichsausschuß der
Deutschen Landwirtschaft, der Reichsverband des Deutschen
Handwerks, der Reichsverband des Deutschen Verkehrs-
gewerbes usw. Im allgemeinen herrscht über die Tätigkeit
der Unternehmerverbände tiefster Dunkel. Doch dringt von
diesem und jenem Spitzenverband dann und wann etwas in
die Öffentlichkeit, besonders durch öffentliche Tagungen,
Denkschriften usw. Vom Zentralausschuß hört man nie
etwas, selbst in dem Jahrbuch heißt es: „Er ist in den
letzten Jahren öffentlich nicht hervorgetreten.“ Sein Zweck
soll unter anderem sein: „Die geschlossene Wahrnehmung
der gemeinsamen Interessen der Deutschen Unternehmerr-
schaft und einheitlichen Abwehr aller gegen sie gerichteten
Bestrebungen.“ Man geht nicht fehl, wenn man annimmt,
daß in dieser Dunkelkammer die Entschlüsse gefaßt werden,
die die Gesamtinteressen des Unternehmertums betreffen.
Bereits vor Jahrzehnten schrieb der bekannte Professor
Lupo Brentano an Kulemann: „Die Arbeitgeber-
organisationen sind die wahren geheimen Gesellschaften und
stecken in dieser Beziehung sehr wesentlich ab von den Ge-
werkschaften.“ Wenn dies mehr oder weniger für alle
Unternehmerverbände zutrifft, so aber ganz besonders für
den Zentralausschuß der Unternehmerverbände.

Neben den hier gekennzeichneten Organisationsrich-
tungen sind im Jahrbuch noch eine Unmenge Arten der
Unternehmerverbände aufgeführt. Die allgemeine Ueber-
sicht hierüber fällt nicht weniger als 122 Seiten des Jahr-
buchs aus. Man unterscheidet 26 Berufsgruppen, ferner
allgemeine und gemischtberufliche Verbände und sonstige
Verbände. Wollte man sich durch dieses Maschenwerk der
verschiedenartigsten Unternehmerverbände hindurcharbeiten,
so müßte man die Statuten kennen und über ihre sonstige
Zweckrichtung orientiert sein. Auch das Jahrbuch gibt hier-
über nur ungenügend Auskunft. Meistens begnügt man
sich damit, die einzelnen Verbände namentlich aufzuführen.

Aber selbst ein flüchtiger Ueberblick über die Organi-
sationsmacht der Unternehmerrschaft vermittelt dem geprüften
Auge ein Bild lückenloser Geschlossenheit.
Wir sind überzeugt davon, daß eine Ueberlagerung der
Interessenwahrnehmung im großen Umfange stattfindet.
Dessenungeachtet erfüllt jede Unternehmerorganisation
ihren Zweck, der darauf gerichtet ist, die beruflichen, all-
gemeinen und sonstigen Interessen der Unternehmer gegen-
über dem Staat, der Allgemeinheit und den Gewerkschaften
wahrzunehmen. Es wird viel gesprochen und geschrieben
von der notwendigen Sparlichkeit im Aufbau der öffent-
lichen Körperschaften. Namentlich sind die Unternehmer
die eifrigsten Befürworter derselben. Man hat noch nie
etwas davon gehört, daß die Herren einmal bei sich selbst
anfangen und den inflationistischen Aufbau
ihrer eigenen Organisationswirtschaft auf
ein erträgliches Maß zu reduzieren gedenken. Wir sind
überzeugt davon, daß Umsuchen von Geld gespart werden
können. Wie dem aber auch sei, die Gewerkschaften haben
mit dieser Uebermacht der Unternehmerorganisationen zu
rechnen. Die notwendige Schlussfolgerung daraus zu ziehen,
dürfte für jeden Arbeiter ziemlich leicht sein. Sie liegt in
dem heißen Bemühen, den Gewerkschaften den
Charakter einer organisatorischen Großmacht zu verleihen,
damit sie befähigt sind, sich gegenüber der Uebermacht auf
der Gegenseite durchzusetzen.

Wie die Bürgersteuer erhoben wird.

Die Bürgersteuer wird erhoben von allen im Gemeinde-
bezirk wohnenden natürlichen Personen mit selbständigem
Einkommen, soweit sie über 20 Jahre alt sind, und zwar nach
dem Stande der Steuerpflicht am 10. Oktober eines jeden
Jahres.

Die Notverordnung vom 26. Juli dieses Jahres ist durch
die zweite Notverordnung vom 1. Dezember 1930 bezüglich
der Bürgersteuer wesentlich geändert worden. Von
diesen Änderungen hat der Reichsfinanzminister den Landes-
finanzministern durch Rundschreiben 1900 A — 3570 III vom
3. Dezember 1930 Kenntnis gegeben. Während nach der
alten Notverordnung vom 26. Juli 1930 nur die Personen
von der Bürgersteuer befreit waren, die mindestens seit einem
Monat Krisenunterstützung empfangen oder laufend öffent-
liche Fürsorge genießen, ist durch die neue Verordnung vom
1. Dezember 1930 der Kreis der von der Bürgersteuer be-
freiten Personen erweitert worden (vergleiche § 4 Abs. 2
GGStVO. in der neuen Fassung). Befreit sollen hiernach
außer den Personen, die bereits nach der alten Notverord-
nung der Bürgersteuer nicht unterlagen, auch die Personen
sein, denen ein Wahlrecht nicht zusteht oder die Arbeits-
losenunterstützung oder Renten aus der reichsgesetzlichen
Sozialversicherung oder eine Zusatzrente nach § 88 des Reichs-
versorgungsgesetzes empfangen; ferner sollen auch die Emp-
fänger einer Krisenunterstützung selbst dann befreit sein,
wenn die Dauer der Unterstützung noch nicht den Zeitraum
von einem Monat erreicht hat. Von der Bürgersteuer 1930
sind hiernach insbesondere auch die Kleinrentner, die Sozial-
rentner sowie die Schwerkrriegsbeschädigten befreit. Für die
Sozialrentner gilt die Befreiung nur, wenn ihr gesamtes
Jahreseinkommen 900 M nicht übersteigt. Bei den Emp-
fängern einer Zusatzrente nach § 88 des Reichsversorgung-
gesetzes trifft die Befreiung nicht nur dann ein, wenn sie die
volle Zusatzrente empfangen, sondern auch dann, wenn die
Zusatzrente nur zum Teil gewährt wird. Die Höhe der
Bürgersteuer wird von den Landesregierungen
bestimmt, jedoch müssen diese Landesläse gemäß
§ 5 der Notverordnung betragen: für Personen mit Jahres-
einkommen von nicht mehr als 4500 M mindestens 6 M, bei
mehr als 4500 bis 6000 M 9 M, bis 8000 M 12 M, bis 12 000 M
18 M, bis 16 000 M 24 M, bis 20 000 M 30 M, bis 25 000 M
50 M, bis 50 000 M 75 M, bis 75 000 M 150 M, bis 100 000 M
300 M, bis 250 000 M 500 M, bis 500 000 M 1000 M, mehr
als 500 000 M 2000 M. Der Landeslag ermächtigt sich für
einkommensteuerfreie Personen auf die Hälfte des Mindest-
satzes. Verheiratete zahlen das 1/2fache des Landesatzes
nach dem Gesamteinkommen, das beide Ehegatten haben.

10 Jahre Malereigesellschaft Jlenburg.

Die Malereigesellschaft konnte am 6. Dezember 1930
auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Sie hatte Ver-
treter aller 7 Arbeiterorganisationen eingeladen, um
in einer großen Versammlung Gedanken auszutauschen
über den Sinn und den Wert dieses Eigenunternehmens der
Arbeiterschaft. Kollege Harloff richtete einige Begrü-
ßungsworte an die Erschienenen, um dann dem Aufsichts-
ratsvorsitzenden Schlüter das Wort zu erteilen. Schlüter
sprach zunächst von der Eroberung der politischen Freiheit
am Schluß des Krieges, mit der die wirtschaftliche Befreiung
aber nicht Schritt hielt. Die Möglichkeit der Selbstbefreiung
sei aber gegeben durch tatkräftige Förderung wirtschaftlicher
Eigenbetriebe. Die Konsumvereine sind heute ein Faktor im
Wirtschaftsleben, die Bauhütten weisen auch eine starke
Aufwärtsentwicklung auf, dagegen liegt es im Wesen der
Berufsart des Malereibetriebes, daß hier das Kleinmeister-
tum überwiegt und das hindert eine ins Große gehende Ent-
wicklung. Aber immerhin hat sich durch die Wirnisse und
Fährnisse der wechselvollen Jahre auch die Malereigesellschaft
durchgesetzt. Disziplin im Geschäftsbetrieb, Pflichter der
Leistung und der Kollegen haben diesen Arbeiterbetrieb er-
halten und ausgebaut. Kollege Harloff gab dann an Hand
graphischer Darstellungen einen Ueberblick über den Verlauf
der Geschäftskurve seit Bestehen. Das Prinzip, bei einem
geringen Gewinn einen großen Umsatz zu erzielen, hat sich
günstig ausgewirkt. Der geschäftliche Ruf, daß die Malerei-
gesellschaft dauerhafte und künstlerisch ansprechende Arbeit
liefert, hat ebenfalls dem Betrieb eine sichere Grundlage
gegeben. Dabei werden in vorbildlicher Weise die sozialen
Forderungen der Angestellten und Arbeiter verwirklicht.
Trotz allem muß aber auch die Malereigesellschaft kämpfen;
denn sie verkörpert das Prinzip der wirtschaftlichen Selbst-
hilfe der Arbeiterschaft inmitten der bürgerlichen Welt.
Mögen die nächsten zehn Jahre ihr einen weiteren Aufstieg
bringen.

Berufsunfälle

Hamburg. Am 11. Dezember 1930 erlitt der Kollege C. Müller auf dem Wege zur Arbeit einen Unfall; er stürzte mit seinem Rad und brach das linke Handgelenk.

Baugewerbliches

Notverordnung und Wohnungswesen.

Unter dieser Ueberschrift bringt die soeben erschienene Nummer 24 der „Sozialen Bauwirtschaft“ (monatlich 2 Hefte, Bezugspreis monatlich 75 S., Preis des Einzelheftes 40 S.) eine kritische Würdigung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen, soweit sie die Wohnungswirtschaft betrifft. Sparsam, zweckmäßig und mit Rücksicht auf die gewerbliche Umsiedlung, die Kriegsheldentugenden und die kinderreichen Familien sollen nach der Verordnung vornehmlich Kleinwohnungen mit einer Nutzfläche von 35 bis höchstens 70 qm gebaut werden. Die infolge Kürzung der Hauszinssteuererträge selbst für den Bau dieser unzulänglichen Wohnungen fehlenden Mittel sollen unter Bürgschaft des Reiches aus dem freien Kapitalmarkt beschafft werden. Es bleibt abzuwarten, ob die in Kürze zu erwartenden Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung hierfür gangbare Wege weisen werden.

Unter dem Titel „Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsfiedlung“ regt Professor Robert Wilbrandt in Rücksicht auf die durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufene Dauerarbeitslosigkeit die Errichtung von Garten- und halbländlichen Siedlungen an, die mit Hilfe von Mitteln aus der Arbeitslosenversicherung und mit Hauszinssteuermitteln finanziert werden könnten. Die Ausführungen Wilbrandts verdienen ernsthafte Beachtung, ebenso die abgedruckten Entschlüsse der Gewerkschaften und vieler mit dem Wohnungswesen in Verbindung stehender Körperschaften zum Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung. Sie richten sich nämlich gegen eine Kürzung der Hauszinssteuermittel. Die hierdurch hervorgerufene Drosselung des Wohnungsbaues würde zu einer unerträglichen Neubelastung des Arbeitsmarktes und damit zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise führen.

Zum Schluß wird noch über die diesjährige Demotagung in Magdeburg und die Tätigkeit der Wohnungsfürsorgegesellschaften im Jahre 1929 berichtet.

Gewerkschaftliches

Das neue Schuljahr.

Der Bundesausschuß nahm nach einem eingehenden Referat des Bildungssekretärs des ADGB, Kollegen Seifert, einstimmig die vom Bundesvorstand vorgelegte Entschlüsse an, die lauten:

Die Verlängerung der Schulpflicht ist aus gesundheitlichen, pädagogischen und sozialpädagogischen Gründen eine unumgängliche Notwendigkeit. Die Gewerkschaften sind bereits früher grundsätzlich für die Verlängerung der Schulpflicht eingetreten. In dieser Auffassung halten sie fest.

Die Verlängerung der Schulpflicht bedeutet erweiterten Jugendchutz, da der ganztägige Schulbesuch den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis um ein volles Jahr hinausrückt. Diese längere Fernhaltung von der Erwerbstätigkeit schafft Raum, den Jugendlichen körperlich zu kräftigen und läßt ihm Zeit, geistig zu reifen. Er wird dann seine Berufsentscheidung mit größerer Sicherheit treffen können. Von einer Verlängerung der Schulpflicht ist überdies eine Hebung der geistigen Ausbildung und charakterlichen Erziehung unseres Volkes zu erwarten.

Die Verlängerung der Schulpflicht hat gleichmäßig für alle Jugendlichen zu gelten. Für die betroffenen Familien ist eine Sonderfürsorge in ausreichendem Maße unerlässlich.

Gegen den Vorschlag, die Verlängerung der Schulpflicht auf zwei Jahre zu beschränken und nur für die Volksschüler in den Städten einzuführen, sind große Bedenken zu erheben. Dieses Provisorium wäre geeignet, den Grundsatz der allgemeinen Schulpflicht zu gefährden.

Die Erweiterung der Schulpflicht ist für die Reorganisation des gesamten öffentlichen Schulwesens von weittragender Bedeutung. Die erweiterte Schulung darf weder in einer einfachen Verlängerung des Elementarunterrichts (Volksschule) bestehen, noch darf sie durch Besuch spezieller Berufsschulen zu einer vorzeitigen Berufsentscheidung führen. Ueber Lehrplangestaltung und organisatorische Angliederung sollten sich die Behörden, die Vertreter der Lehrerschaft der Volks- und Berufsschulen mit Vertretern der Wirtschaft verständigen.

Ueber Vereinbarungen zwischen dem Gesamtverband und dem Afa-Bund

Könnte in der am 13. Dezember tagenden Bundesversammlung Kollege Leipart berichten, daß der Vorstand des Gesamtverbandes beabsichtigt, und zwar auf Grund eines Abkommens mit drei Afa-Verbänden, für seine Angestelltenmitglieder Beiträge an den Vorstand des Afa-Bundes statt wie bisher an den des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu zahlen. Der Afa-Bund und seine Untereinheiten übernehmen dafür die Wahrung der besonderen Angestellteninteressen der im Gesamtverband organisierten Angestelltengruppen. Da diese Regelung vom Organisationsvertrag zwischen Afa-Bund und ADGB abweicht, so sollte der Bundesausschuß des ADGB auf Antrag des Gesamtverbandes seine Zustimmung zur Zahlung der Beiträge an den Afa-Bund geben.

In der Ansprache stellte sich heraus, daß in verschiedenen Gewerkschaften des ADGB ebenfalls nennenswerte Gruppen von Angestelltenmitgliedern vorhanden sind, für die der Anschluß an den Afa-Bund beziehungsweise die Zahlung von Beiträgen an diesen in Betracht kämen. Diese Entwicklung hat sich vielfach aus der Änderung des Berufsverhältnisses der Angestelltenverhältnisse und durch Heranbildung zu eigenen Berufs ergeben.

Billige Bücher für jedermann.

- Das offene Antwortschreiben (Lassalle) . . . geb. —,65 M.
- Das Tagebuch (Lassalle) . . . „ 1,25 „
- Das kommunistische Manifest (Marx und Engels) . . . „ —,65 „
- Karl Marx und die Gewerkschaften . . . „ 1,25 „
- Gewerkschaften und politische Parteien (Seidel) . . . „ —,65 „
- Aus der Welt des Sozialismus (Mayer) . . . „ —,65 „
- Aus Deutschlands schwerster Zeit (David) . . . „ —,65 „
- Die Gewerkschaftsfrage (Schweiger) . . . „ —,65 „
- Wirtschaftsfrage, Kapitalbildung, Finanzen . . . br. —,75 „
- Deutsche Wirtschaftskunde (Stat. Reichsamt) geb. 2,80 „
- Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Befehle (Braunthal) . . . 3,75 „
- Wirtschaftsdemokratie (Naphtali) . . . „ 2,80 „
- Das Kapital (Karl Marx), Auszug von Kaufsky 2 Bände zusammen . . . „ 7,50 „
- Handbuch der Gewerkschaftskongresse (Schwarz) . . . „ 6,— „
- Karl Legien (Leipart) . . . „ 4,50 „
- Wilhelm II (Eril Ludwig) . . . „ 2,85 „
- Bismarcks Erinnerungen . . . „ 2,85 „
- 24 Stunden Deutsch (Gramm) . . . „ 1,50 „
- Besseres Deutsch (Coelln) . . . br. 2,— „

Verlag Fachblatt der Maler, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10, oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.

Da die Zahl der Mitglieder, die für diese Ueberführung an den Afa-Bund in Betracht kommen, nicht annähernd feststeht, beschloß der Bundesausschuß, daß die Vorstände der Verbände entsprechende Feststellungen treffen und etwaige Anträge für den Anschluß dieser Angestelltengruppen an den Afa-Bund, dem Vorstand des ADGB unterbreiten sollten. Dann wird in der nächsten Sitzung des Bundesausschusses darüber entschieden werden können.

Eine besondere Ärzteorganisation ist von der Sektion Gesundheitswesen im Gesamtverband vorbereitet, die vornehmlich die angestellten Ärzte erfasst. Der Plan geht dahin, auch die freien Ärzte in den freien Gewerkschaften zu organisieren. Der Vorstand des Afa-Bundes ist bereit, gemeinsam mit dem Gesamtverband eine besondere Organisation zu bilden, in der alle Ärzte erfasst werden.

Der Bundesausschuß beschloß daher, beide Organisationen mit der Ausarbeitung eines Planes zu beauftragen, über den die kommende Sitzung des Bundesausschusses beschließen soll.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwillig.

Angemeldetes Patent, Kl. 22 e. G. 73 635. Verfahren zur Herstellung von Farbstoffmischungen. Gesellschaft für Chemische Industrie in Basel, Schweiz.

Erteilte Patente, Kl. 75 a. 514 999. Verfahren zum Besprühen von Fahrzeugen und ähnlichen langgestreckten Werkstätten. „Pera“, Helmbrecht & Knöllner G. m. b. H., Leipzig-Schleußig, Könnertstraße 43.

Kl. 75 c. 514 814. Apparat zum Auftragen von Farben mittels Preßluft. Albert Kraußberger, Holzhausen bei Leipzig.

Gebrauchsmuster, Kl. 75 c. 1 148 825. Pinselhalter mit im spitzen Winkel verlängertem Stiel. Ernst Hellwig, Berlin N 31, Anklamer Straße 45.

Kl. 75 c. 1 148 922. Kalender mit Farbenkarte. Gebrüder Berglas, Mechanische Kammgarnwebereien, Berlin SW 19, Hausvogteiplatz 1.

Kl. 75 c. 1 148 923. Farbenkarte. Gebrüder Berglas, Mechanische Kammgarnwebereien, Berlin SW 19, Hausvogteiplatz 1.

Kl. 75 c. 1 149 017. Spritzvorrichtung für Farben und dergleichen. Karl Fried. Böhringer, Pforzheim, Jahnstraße 21.

Kl. 75 c. 1 149 191. Fußpumpe für Farbspritzapparate. Lambert Haas, Raitzede, Schloßstraße 168.

Kl. 75 c. 1 149 262. Zusammenlegbares Malerlineal. Rudolf Schmidt, Neu-Röhlitz bei Reichenberg, Tschechoslowakische Republik.

Kl. 75 c. 1 149 744. Befestigung von Farbnäpchen auf einer Unterlage. Marabuwerke AG, Tamm, Tamm bei Stuttgart.

Aus den Arbeitsgerichten

rd. Zur Frage des Zusammenarbeitens organisierter Arbeiter mit Streikbrechern. Mehrere organisierte Arbeiter weigerten sich, mit anderen Arbeitern, die während eines Streiks bei einer bestreikten Firma in Arbeit getreten waren, zusammenzuarbeiten. Der Arbeitgeber hatte sich infolgedessen gezwungen gesehen, die Streikbrecher zu entlassen, und wegen des Schadens, den die Entlassenen nun eine Zeitlang durch Nichtbeschäftigung erlitten, strengten sie gegen die organisierten Arbeitskollegen, die ihre Entlassung herbeigeführt hatten, die Schadenersatzklage an, doch wurden die Kläger in allen Instanzen abgewiesen.

Die Beklagten, so meinte das Reichsarbeitsgericht, haben in den Klägern Streikbrecher und hielten es mit ihrer Standesehre nicht für vereinbar, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Wäre der Zweck der Beklagten nur der gewesen, die Kläger wegen des Streikbruchs gewissermaßen zu bestrafen oder sich an ihnen zu rächen, so wäre ihr Verhalten sicherlich unbillig gewesen. Es ist aber festgestellt, daß die Beklagten nicht bezweckt haben, Rache zu nehmen,

vielmehr erachteten sie es als mit ihrer Standesehre nicht verträglich, mit den Streikbrechern zusammenzuarbeiten.

Einen Verstoß gegen die guten Sitten würde das Verhalten der Beklagten auch dann in sich schließen, wenn ihr Tun geeignet gewesen wäre, die wirtschaftliche Existenz der Kläger zu vernichten, oder auch nur erheblich zu gefährden. Aber auch davon kann nach dem getroffenen Sachverhalte keine Rede sein. (Reichsarbeitsgericht, 21. Mai 1930 — 18. 30.)

Literarisches

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung e. G. m. b. H. Der vorliegende Bericht über das 31. Geschäftsjahr 1929/1930 gibt einen trefflichen Überblick über die Fortentwicklung dieses großartig geleiteten Konsumvereins.

Franz Künstler: Kommunistische Katastrophenpolitik. Verlag J. P. W. Dieck Nachfolger G. m. b. H., Berlin SW 68. Preis 20 S. — Der Verfasser veröffentlicht seinen eine wichtige Flugchrift gegen die kommunistische Katastrophenpolitik. Nicht der Theaterdomer kommunistischer Kraftproben redet hier zum Leser, sondern ein schlagerfertiges, beweiskräftiges Tatsachenmaterial, das die ganze Gefährlichkeit der demagogischen, von keinem Verantwortungsgefühl belasteten Taktik der Kommunisten aufdeckt. Die Schrift Künstlers ist eine ernste, eindringliche Mahnung zur Einigkeit des Proletariats, das durch Zweifelsdunkel seine Kampffähigkeit zermürbt. Künstler zeigt den verhängnisvollen, geradezu zerstörend wirkenden Einfluß der kommunistischen Demonstrationen, die gewissenslos die bürgerlichen Lebensverhältnisse der Menschen aufheben. Dieser Politik stellt Künstler die hart mit den Tatsachen rechnende sozialdemokratische Wirtschaftspolitik gegenüber — eine Politik, die zugleich von den Idealen Wilhelm Liebknechts befeuert ist und ihren Ausbruch in folgendem Bekenntnis dieses Soldaten der Revolution gefunden hat: „Ein zweifaches Ideal hat mir von Jugend an vorgelebt: das freie und einigte Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, das heißt die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit.“

Friedrichs-Plan, die Zwänge. Verlag W. Paantuch & Co. (Vollstimmige Magdeburg), Magdeburg, Große Münzstraße 3, bringt noch zur rechten Zeit ein Mäurerbuch heraus, das verdient, auf dem Weihnachtsstisch ein Plätzchen zu finden. Es ist ein modernes Märchen mit sozialem Inhalt, das auch Erwachsenen viel Freude machen wird. Was hier in 232 flott geschriebenen Bildern und lustigen Versen an unserm Auge vorüberzieht, ist keine der überflüssigen Zwerge, sondern Menschen, die in der Gegenwart, besser Aufschauungsunterricht in kindlich verständlicher Form. Das geschmackvoll ausgestattete Buch kostet nur 2,50 M.

Bereinstell

Bekanntmachung

Die Mitgliedsbücher für die Kollegen K. u. c. m. a. n. n., Willi, geb. 7. September 1909 (Buchnummer 86 736), und Siever, Heinr., geb. 9. August 1914 (Buchnummer 89 783), sind verlorengegangen. Die Verwaltungen werden gebeten, diese Bücher, falls sie vorgezeigt werden, anzuhalten und unter Angabe der Personalien der Vorzeigenden an die Hauptverwaltung einzusenden. — Das Mitgliedsbuch des Kollegen Paul Hochhäuser, Buchnummer 61 325 wurde in Herne gestohlen. Um Mißbrauch vorzubeugen, bitten wir die Filialverwaltungen, wenn das Buch vorgezeigt werden sollte, es festzuhalten.

Der Verbandsvorstand.

Vom 22. Dez. bis 28. Dez. ist die 52. Beitragswoche. Vom 29. Dez. bis 4. Jan. ist die 1. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Hannover. Am 11. Dezember starb unser langjähriges Mitglied der Kollege Wilhelm Fischer im Alter von 46 Jahren.

Ehre seinem Andenken!



Lieber keine Abzüge an den Schuhen als den Großen Brockhaus entbehren!

schreibt voller Begeisterung Herr A. S. aus Dearborn (USA). Damit überreizt er gewaltig, denn bandweiser Bezug und bequeme Teilzahlungen ermöglichen es jedem, sich das für den modernen Menschen unentbehrliche Nachschlagewerk

DER GROSSE BROCKHAUS

Handbuch des Wissens in 20 Bänden anzuschaffen. Fragen Sie einen Buchhändler.

F. A. BROCKHAUS LEIPZIG

Der Unterzeichnete ersucht um kostenlose, portofreie und unverbindliche Zusendung der reichbilderten, anregenden Schrift „Der Große Brockhaus neu von A-Z“.

Name u. Stand: _____ Ort u. Wohnung: _____

MEISTERPRÜFUNG

Gründliche Vorbereitung durch Fernunterricht. Ausbildung z. Geschäftsführ. Erfolg garant. Fr. Wenzel, Naunhof-Leipzig

Der heutigen Gesamtaufgabe liegt für unsere Mitglieder der Kalender 1931 des „Fachblatt der Maler“ bei.